



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/LX/266 - 24.11.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Die Sicherheitsvorstellungen von Mendès-France	S. 1
Franco ließ "wählen"	S. 3
Autorüber und Politik	S. 5
Anschlag auf die Grundrenten der Kriegsofopfer	S. 7
Was meinte Blank?	S. 8

Fauler Frieden um den Preis der Einheit

sp - Der faule Frieden bahnt sich an. Die Rede von Mendès-France vor den Vereinten Nationen und gewisse halbamtliche Erklärungen aus Washington und London beseitigen jeden Zweifel darüber, dass die sowjetische Politik einer Ko-Existenz vom Westen akzeptiert wird. Die deutsche Frage, bislang ein Problem der friedlichen Wiedervereinigung, ist aus der internationalen Diskussion verbannt. Es geht um die Sicherheit des Ostens vor dem Westen und umgekehrt. Der Kalte Krieg soll in einen Faulen Frieden überleitet werden. Als Grenzlinie verständigen sich beide Seiten stillschweigend, aber unverkennbar auf die Zonen-grenze, die Deutschland teilt. Und der westdeutsche Kanzler gibt seinen Segen dazu.

In den ersten Nachkriegsjahren ging die Politik der Siegermächte davon aus, dass es ohne friedliche Lösung der deutschen Frage keinen Frieden in Europa und in der Welt gebe. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit wurde als Voraussetzung für eine wirkliche Entspannung angesehen. Angesichts der kommunistischen Aggressionen in vielen Teilen der Welt sahen sich die Westmächte zu Sicherheitsvorkehrungen gezwungen, die auch einen Rückgriff auf das westdeutsche Militärpotential vorsahen. So kam die Aufrüstungsdebatte auf die internationale Tribüne und beherrschte auch die politischen Auseinandersetzungen in Westdeutschland. Was zuerst als Notmaßnahme hingestellt wurde, hat sich im Zeichen der "Politik der Stärke" bald als Selbstzweck entpuppt. Der Bundeskanzler hat, wie sich heute erkennen lässt, niemals etwas anderes als Militär-

politik betrieben.

Keine der demokratischen Parteien hat jemals die deutsche Einheit um den Preis der Freiheit gewollt. Unterstellungen der Bundesregierung und ihrer Gefolgschaft, dass die Sozialdemokraten eine solche Politik befürworten, sind Verleumdungen, die auch durch Wiederholung nichts an Eindeutigkeit verlieren. Die Kanzlerpartei hat aber, als in diesem Jahre die Anzeichen internationaler Entspannung zunahmen, offen die Grundsätze umgestoßen, die bis dahin allen demokratischen Parteien im Bundestag eigen zu sein schienen. Die CDU hat im Widerspruch zu den bindenden Verpflichtungen des Grundgesetzes der Sicherheit den Vorrang vor der Wiedervereinigung gegeben, und dies auf ihrem Kölner Parteitag proklamiert. Das heißt nichts anderes als Fauler Frieden um den Preis der Einheit. Der Kanzler denkt an das machtpolitische Gewicht einer westdeutschen Armee, nicht aber an die Möglichkeiten, die sich für die Wiedervereinigung durch friedliche Verhandlungen ergeben, wenn die deutsche Frage im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems gelöst wird, das mit den Satzungen der Vereinten Nationen in Einklang steht.

Mit der an den Ostblock gerichteten Einladung von Mendès-France, Moskau solle die mit ihm verbündeten Staaten in einem Sicherheitssystem vereinigen, das der Westeuropäischen Union entspricht, ist ein Angebot zur Aufrechterhaltung der deutschen Teilung ausgesprochen. Denn es ist klar, dass die Sowjetunion, sofern Mendès-France das nicht auch getan haben sollte, die Sowjetzone als einen ihr verbündeten Staat betrachtet. Die Sowjetunion wird also aufgefordert, das mit dem ihr anvertrauten Gebiet zu tun, was der Westen seinerseits mit der Bundesrepublik vorhat. Kein Zweifel, dass der französische Regierungschef jetzt die Aufnahme der Bundesrepublik in den Atlantikpakt unter der Voraussetzung eines Weiterbestehens der deutschen Spaltung versteht. Westdeutsche Aufrüstung und Aufnahme in die westliche Militäralianz ist folglich für diese französische Regierung die Alternative zur friedlichen Wiedervereinigung.

In der ganzen Rede von Mendès-France kommt die Wiedervereinigung überhaupt nicht vor. Selbst für die vorgeschlagene Viermächte-Konferenz

im Mai nächsten Jahres nennt er diesen Punkt nicht. Stattdessen spricht er davon, dass zwischen den beiden Sicherheitssystemen Informationen ausgetauscht, Absprachen und vielleicht sogar vertragliche Regelungen getroffen werden sollen. Die Bundesregierung hat sich beeilt zu erklären, dass ihr Kanzler diese Weisheiten schon früher von sich gegeben habe. In der Tat hat Adenauer im vergangenen Jahr schon ähnliche Gedankengänge entwickelt. Als er aber jüngst in New York auf den Nichtangriffspakt zwischen den beiden Systemen wieder zu sprechen kam, rückte das amerikanische Außenministerium von ihm ab und es gab einen Sturm in der internationalen Presse. Die Vereinigten Staaten wollen nicht, dass der Eindruck entsteht, sie würden Osteuropa als sowjetischen Machtbereich und damit das Unrechtsregime in den Satellitenstaaten anerkennen. Heute, wenige Wochen später, da Mendès-France das gleiche unverblümt ausspricht, ist niemand mehr überrascht, denn die Sowjets haben inzwischen deutlich gemacht, dass die Teilung Deutschlands unter bestimmten Voraussetzungen eine annehmbare Alternative für sie ist, wenn es nicht zum gesamteuropäischen Sicherheitssystem kommt, das beiderseitig die potentiellen Angreifer einschließt.

Ein Nichtangriffspakt zwischen den beiden Teilen Deutschlands, - das ist die außenpolitische Altersweisheit des greisen Bundeskanzlers. Zu diesem Gleichgewicht der Kräfte, dass nämlich der Westen und der Osten sich eines Teils des zerrissenen Deutschlands bemächtigen, hat die Militärpolitik Adenauers geführt. Eine Wiedervereinigung wäre dann nur noch als Störung dieses Gleichgewichtes möglich und es lässt sich voraussehen, dass das Drängen der Deutschen nach staatlicher Einheit dann als Gefährdung des Friedens hingestellt würde. Fürwahr, es wäre ein Fauler Frieden, denn ohne die deutsche Einheit kann es keinen echten Frieden geben.

+ + +

"Wenn man objektiv auf Europa blickt, scheint es, als ob ein Ost-West-Sicherheitspakt der Art, die Churchill und Adenauer mehr als einmal vorgeschlagen haben, Aussichten haben würde. Die Tatsache, dass die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik begrenzt werden soll, bietet hier einen Ausgangspunkt. Ist es nicht vorstellbar, dass man später zu einem Übereinkommen gelangt, das die Wiederbewaffnung sowohl West- als auch Ostdeutschlands regelt? Zusammen mit Handelsabmachungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands würde dies eine Möglichkeit bieten, die Spannung in Europas gefährlichster Zone gering zu halten, und es könnte zu einem anderen Abkommen über die Rüstungsbeschränkung führen."

+ + +

The Times

Wahl "kampf" um den Madrider Gemeinderat

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Zum ersten Mal seit dem Bestehen des ständestaatlich und vom Parteiministerium der "Falange" her geleiteten Regimes in Spanien werden bei der Wahl zum Madrider Gemeinderat zwei Listen präsentiert und angenommen. Diese, von beflissenen aber nicht durchweg gut orientierten Pressevertretern der westlichen Welt als sensationell nach auswärts gemeldete Nachricht hat den beabsichtigten Erfolg nicht verfehlt. Man sieht vielfach hier den Anfang vom Ende des spanischen Einparteiensystems und zieht entsprechende Vergleiche mit dem totalitären System hinter dem Eisernen Vorhang: natürlich zum Vorteil des General Franco und des von ihm geleiteten Staates.

Vermutlich war dies der von dem spanischen Staatschef angestrebte Zweck. Abhängig von dem wirtschaftlichen und politischen Wohlwollen der Vereinigten Staaten, um die unvorstellbar rückständigen Zustände des spanischen Wirtschaftslebens ein wenig anzukurbeln, hat der spanische Staatschef rechtzeitig erkannt, dass der demokratische Sieg bei den amerikanischen Wahlen sich mit der Zeit in politische Bedenken jenseits des Atlantik umsetzen könne, das diktatorisch regierte Spanien allzusehr in das Verteidigungssystem der Freien Welt einzuschalten.

Daher die Schauwahlen zum Madrider Gemeinderat. Zwei Listen, man denke, welcher Ausdruck demokratischer Selbstentscheidung der Madrider Bürgerschaft. Allerdings haben alle Presseagenturen dabei vergessen, genauer anzugeben, wie denn nun diese "Wahlen" vor sich gingen und wer eigentlich gewählt wurde. Hier gilt es, einiges nachzuholen. Der Madrider Gemeinderat besteht aus 24 Vertretern, deren Arbeitsausschuss tatsächlich etwas mit der Gemeindeverwaltung und dem vom Innenminister ernannten, Bürgermeister zu tun hat. Nun werden aber nicht etwa 24 Vertreter von den Madrider Bürgern gewählt, wie naive Demokraten aus fremden Ländern mitunter annehmen. Gewählt werden nur acht Gemeindevertreter. Acht weitere Gemeinderäte werden durch die, bürokratisch von oben regierte Ständeorganisation beigelegt. Und wenn dies geschehen ist, dann kooptieren die 16 Gemeinderäte weitere acht Kollegen. Es ist also mehr als eine Sicherung vorhanden, um etwaiges Abgleiten in überholte demokratische Gewohnheiten längstvergangener Zeiten rechtzeitig abbremsen zu können.

Die "Wahl" der ersten acht Vertreter geschieht ausserdem auch auf

eine besondere Weise. Wahlberechtigt sind zu den spanischen Gemeindevahlen die... Familienväter, gegen die nichts besonderes vorliegt. Die politische Polizei kann also jeden Familienvater, dessen Ansichten anrüchlich sind, aus den Listen ausscheiden. Dies fällt nicht allzuschwer, denn in der Generalsicherheitsdirektion in Madrid gibt es noch immer die grosse Kartei der politisch Verdächtigen, die etwa acht Millionen Karten umfasst. Sie wurde seinerzeit auf den Rat des Leiters der deutschen Gestapo, Himmler angelegt.

In diesem mehr als beschränkten Rahmen fand also ein leiser, sehr leiser Kampf zwischen den aus der "Falange" stammenden Emporkömmlingen des staatlichen Kontrollapparates und einigen, sorgsam aus den Kreisen führender Militärs und des Hochadels ausgesiebten Monarchisten statt, die von dem Herausgeber der bekanntesten konservativ nationalistischen Zeitung "A.B.C.", Marquis von Luca de Tena, angeführt wurde. Dieser Name und auch die Namen seiner Kollegen in diesem sonderbaren Wahl"kampf" beweisen allein schon, dass dieses Spektakelstück für naive amerikanische Beobachter mit Demokratie nicht das geringste zu tun hat.

+ + +

Auch nach Paris-Ratifizierung keine Verhandlungen?

Das "Wall Street Journal", das zu den best informierten Zeitungen Amerikas gehört und dank seiner Verbindungen mit "Big Business" auch ausgezeichnete Horchposten im offiziellen Washington hat, veröffentlicht am 19. November einen führenden Leitartikel über die Probleme der amerikanischen Diplomatie und die in Washington geführte Diskussion zwischen Senator Knowland und den Anhängern der Eisenhower'schen Aussenpolitik. Der Artikel setzt sich auch mit der Frage von Verhandlungen über Europa Verträge von Paris auseinander. Darüber sagt die Zeitung:

"Man mag sich wohl wundern, worüber diejenigen, die so begierig sind, mit den Sowjets zu sprechen, wenn einmal die deutschen Übereinkommen ratifiziert sind, zu sprechen erwarten...Schlagen sie vielleicht vor, diese Übereinkommen - - nach so langer Zeit und mit solcher Mühe erreicht - - für die Sache der deutschen Einheit wieder abzugeben, selbst wenn die Sowjets ernsthaft so etwas anbieten sollten? Wenn nicht, nehmen sie an, dass die Sowjets bereit sein werden, ihre Zone in Deutschland mit einer Zone zu vereinigen, die zwölf Divisionen in NATO haben wird?"

"Wir sagen nicht, dass die Vereinigten Staaten ablehnen sollten, direkte Diskussionen mit den Sowjets abzuhalten, wenn die deutschen Verträge einmal endgültig sind. Aber wir sagen, dass die Hoffnung für eine Lösung der deutschen Frage nicht grösser sein wird. Sie wird nur auf weite Sicht grösser sein, in dem Sinne, dass der Westen stärker und darum fähig sein wird, in einer fernen Zukunft die Sowjet-Politik gegen Deutschland zu modifizieren..."

Deutlicher als jede andere Zeitung in Amerika hat hier das "Wall Street Journal" ausgesprochen, was man hier von angeblichen Verhandlungen über die Wiederherstellung der deutschen Einheit nach der Ratifizierung der Pariser Verträge hält.

+ + +

Die grosse Psychose

KM Der Fall der Autobahn-Banditen hat mit Politik so viel und so wenig zu tun, wie etwa der Fall der Giftmörderin von Worms, - nämlich gar nichts. Trotzdem waren aus dem publizistischen Gemurmel sehr bald erste politische Untertöne herauszuhören. Dass Amerikaner bei der Sache mitmachten, schon das eine Behauptung, die nicht ganz ohne Hintergedanken vorgetragen wurde. Plötzlich waren es Agenten, die uns der Dynamit-Spezialist Wollweber aus der sowjetischen Zone auf den Hals hetzte.

Da schickt ein Abgeordneter des Bundestages ein Telegramm an den Innenminister von Nordrhein-Westfalen. Es ist eine ziemlich scharfe Sprache, die er spricht, gewiss. Aber schliesslich ist es keine kleine Sache, wenn da eine junge blühende Frau ihr Leben lassen muss - aus Versehen erschossen.

Die Antwort aus Düsseldorf ist mindestens ebenso scharf. - Merkmale der Psychose, die jetzt schon überall herrscht und von der sich offenbar auch die Verantwortlichen nicht mehr ganz frei halten können.

Auf einmal ist ein Flugblatt da, etwa so: "SPD auf der Seite der Autobahn-Gangster." Es ist ein politischer Leitartikel da: "Kriegserklärung gegen die Polizei!" (Zu lesen in der Kölnischen Rundschau, die als Blatt des Kanzlers gilt).

Nun, es wird in der allernächsten Zeit Wahlen in der Bundesrepublik geben. Das erklärt einiges, ohne es zu entschuldigen.

Was der Abgeordnete Arndt sagte, das war die Meinung des Juristen Arndt und nicht des Politikers Arndt. Er hatte ein Recht zu sprechen. Will man einem Abgeordneten verwehren, was jedem Deutschen durch das Grundgesetz gewährleistet ist? Ausserdem gilt Dr. Arndt auf dem juristischen Gebiet als Köhner von nicht geringen Graden.

Was Arndt wollte, war dies: Die Dienstanweisungen, die der Polizei in Nordrhein-Westfalen gegeben wurden, bieten keine ausreichende Sicherheit gegen die Gefährdung des Lebens friedlicher Bürger beim Schusswaffengebrauch. Eine dem Grundgesetz entsprechende gesetzliche Regelung soll diese Gefährdung ausschliessen. Was aber die Polizeibeamten angeht, so haben auch sie ein Anrecht auf gesetzlichen Schutz, wie er ihnen durch die Dienstanweisungen des Innenministers keineswegs gegeben ist.

Sind das unvernünftige Gedanken? Hat ein Bundestagsabgeordneter, der

von Hause aus Jurist ist, nicht das Recht und nicht sogar die Pflicht, sich um solche Dinge zu kümmern? Haben die Verfasser von politischen Flugblättern und politischen Leitartikeln das Recht, zu sagen, die SPD habe der Polizei den Krieg erklärt und sich auf die Seite der Autobanditen gestellt? In einer Frankfurter Zeitung hiess es dieser Tage: "So wie wir den Gerechtigkeitsfanatiker Arndt kennen, dürfte er es allerdings ablehnen, eine brennende Frage des Menschenrechts nur deswegen nicht anzuschneiden, weil böswillig-demagogische Gegner sie ihm und seiner Partei als Begünstigung der Autobahnräuber auszulegen die Schamlosigkeit haben könnten."

Inzwischen ist in der Eifel ein Bauer angeschossen worden, der nichts weiter tat, als mit dem Traktor querfeldein über den eigenen Acker zu fahren. Frage: Kann einer, der auf dem Traktor sitzt, Warnschüsse hören?

Jeder vernünftige Mensch weiss sehr genau, dass es in Deutschland keine Partei gibt, die sich auf die Seite der Autobahn-Banditen stellt oder deren Sympathien und gute Wünsche nicht uneingeschränkt den Männern gehören, die die schwere und gefährliche Aufgabe haben, mit dieser nächtlichen Landplage fertigzuwerden, - den Männern von der Polizei.

Aber es gibt Dinge, die weit bedenklicher sind als Papierkrieg und politischer Hickhack am Rande.

Als die Giftmörderin von Worms das grosse deutsche Gespräch war, da gab es in Deutschland auf einmal eine Serie von Selbstmorden. Das wäre zu vermeiden gewesen, wenn die deutsche Presse rechtzeitig ein Gefühl dafür gehabt hätte, was man in solchen Fällen sagen darf und was nicht. Es gibt nämlich immer Leute, die nur eines letzten Anstosses bedürfen, um sich dann sehr plötzlich zu entschliessen.

Das Blatt, das jenen Leitartikel von der Kriegserklärung an die Polizei brachte, hat in der gleichen Ausgabe auf drei verschiedene Seiten über die Autobahn-Banditen berichtet, zum Teil in grösster Aufmachung und natürlich mit Fotos noch und noch. Eine wahre Banditen-Sondernummer.

Genau das ist es, was man tun muss, um die Psychose noch schlimmer, die Leute noch nervöser, die Arbeit der Polizei noch schwerer zu machen. Es ist also sehr die Frage, wer hier der Polizei den Krieg erklärt hat. Natürlich kann einer Zeitung nicht verwehrt werden, im grossen Umfang auf grosse Gespräche einzugehen. Aber sie muss sich darüber im klaren sein, dass dann sehr schnell die alte schreckliche Wechselwirkung eintreten kann: die Sensation treibt die Berichterstattung zum Exzess, die übertriebene Berichterstattung treibt die Sensation zum Exzess.

Zu den geschehenen Überfällen kommen dann plötzlich die erfundenen. Bei Tankstellenwarten und Motorradfahrern beginnt die Phantasie zu blühen. In den Haltlosen beginnt der Schweinehund zu rumoren. Halbstarke und Pathologen werden auf den Plan gerufen. Wissen wir denn, ob neben den ersten Banditen, die die Aktionen der Polizei auslösten, nicht schon eine ganze Reihe von Nachahmern steht, einzig und allein durch das Getöse und die grosse Aufmachung animiert?

Wer viel Wind macht, muß mit so etwas rechnen.

Ein Versuchs - Ballon ?

R.Ge. In einer gemeinsamen Erklärung wurde in der Bundestagsitzung am 14.7.1954 die Bundesregierung von allen Fraktionen aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Kriegsofopfer-Versorgung vorzulegen. Gefordert wurden: Erhöhung der Grundrente und Verbesserung der Elternrente. Weiter heisst es in der Erklärung "Alle Fraktionen des Bundestages bekennen sich erneut zur Unantastbarkeit der Grundrente als eines unabdingbaren Rechtsanspruchs der deutschen Kriegsofopfer".

Auch aus den einzelnen Anträgen sämtlicher Parteien geht hervor, dass eine Erhöhung der Grundrente für notwendig gehalten wird. Angesichts dieser Beschlüsse und Erklärungen ist ein aus Regierungskreisen kommender Gesetzentwurf völlig unverständlich. Nach Pressemeldungen hat sich das Bundes-Kabinettt auf folgenden Vorschlag geeinigt:

1. Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz wird um 20 % erhöht.
2. Nur wer zugleich Ausgleichsrente bezieht - das sind 300 000 besonders schwer vom Kriege betroffene Personen - kommt sofort in den Genuss der Erhöhung.
3. Wer keine Ausgleichsrente bezieht, erhält vorläufig nur die Hälfte der um 20 % erhöhten Grundrente ausgezahlt."

Diese Regelung bedeutet, dass rd. 1,2 Mill. Empfänger von Grundrenten zwischen 15,-- und 75,-- DM nur noch 3/5 ihrer bisherigen Grundrente erhalten. Der Rechtsanspruch bleibt bestehen. Den Rest spart der Staat für sie bis zum Eintritt der Arbeitsunfähigkeit oder zum Alter. Entweder wird dann der zustehende Beitrag in einer Summe ausgezahlt oder er wird als Zuschuss zu anderen Bezügen gewährt.

In einer groben Zusammenfassung bedeutet der Entwurf folgendes:

- a) Eine Kürzung der Grundrente (Zahlung nur der Hälfte der um 20 % erhöhten Grundrente.)
- b) Betroffen werden von dieser Kürzung rd. 1,2 Millionen Bezahler der Grundrente.
- c) Einführung der Bedürftigkeitsprüfung.
- d) Zwangssparen.
(Die finanziellen und rechtlichen Auswirkungen des Zwangssparens sind noch keineswegs zu übersehen.)

Die Wirkung der Bekanntgabe dieses Entwurfs war in den Kreisen der Betroffenen geradezu schockartig. Der Verband der Kriegsofopfer (VdK) teilte mit, dass er den Bundestagspräsidenten gebeten habe, sofort den Bundestag zusammentreten zu lassen.

Der Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten hat an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages ein gleichlautendes Schreiben gerichtet, in dem auf die einmütige Erklärung des Deutschen Bundestages vom 14.7.1954, zur Unantastbarkeit der Grundrenten, hingewiesen wird. Ferner hat der Reichsbund an den Bundeskanzler ein Telegramm gerichtet und ihn gebeten, zu intervenieren.

Heute wird nun die Version verbreitet, dass die Bekanntgabe dieses Gesetzentwurfes ein Versuchs-Ballon des Finanzministers gewesen sei. Eine Handlung, die mindestens klar macht, dass bei dem zuständigen Bundes-Arbeits-Minister keine klare Konzeption über die Höhe der Versorgungsleistungen vorhanden ist.

Es ergeben sich einige Fragen:

1. Soll der Grundsatz der unabdingbaren Kriegsoffer-Versorgung fallengelassen werden?
2. Sieht so die "Große Sozialreform" aus, deren Notwendigkeit neuerdings immer stärker betont wird?
3. Muss man in diesem Entwurf den Anfang der Sozialreform erblicken?
4. Seit wann ist die Kriegsoffer-Versorgung Angelegenheit des Bundesfinanzministers?
5. Hat der Bundesarbeitsminister praktisch die Federführung in Versorgungs-Angelegenheiten an den Finanzminister abgegeben?

Die SPD hat in einem Antrag an den Bundestag (Drucksache Nr. 836) ihre Meinung über die Form der Kriegsoffer-Versorgung dargelegt. Es kann nicht auf Einzelheiten dieses Entwurfs eingegangen werden. Was die Frage der Grundrenten-Erhöhung angeht, so hat der Kriegsoffer-Ausschuss beim Parteivorstand der SPD auf seiner letzten Sitzung, am 8. November 1954, erneut festgestellt und beschlossener, sich für eine wirkliche Grundrenten-Erhöhung einzusetzen.

+ + +

Was meinte Blank ?

Überall, wo der Sicherheitsbeauftragte der Bundesregierung, Theodor Blank, in öffentlichen Versammlungen spricht, füllen vor allem junge Menschen die Säle. Das liegt sozusagen in der Natur der Sache, Theodor Blank - das bedeutet heute, wie die Dinge liegen, die Aufstellung einer Wehrmacht des westdeutschen Teilstaates. Und dazu haben die jüngeren Jahrgänge viel zu sagen, sie sind es ja, die wieder die Uniform tragen und für eine Sache eintreten sollen, die sie in ihrer Mehrheit nicht als die ihrige empfinden. Kein Wunder, wenn es dann in Blank - Versammlungen heiß hergeht und die jungen Männer mit ihrem Unmut nicht zurückhalten. In der Nürnberger Messehalle konnte der Sicherheitsbeauftragte erst nach 40 Minuten und nach dem Eingreifen von 100 Polizisten, die die "Störenfriede" entfernten, zu Wort kommen. Und was hatte Blank zu Beginn seiner Rede zu sagen? Nach dem dpa-Bericht dies:

"Die Radaubröder zeigen mir, wie recht ich mit meiner Arbeit habe. Man dürfe die Störgruppen nicht groß werden lassen".

Was meinte damit der zukünftige westdeutsche Verteidigungsminister? Bisher konnte die deutsche Öffentlichkeit annehmen, die westdeutsche Wehrmacht werde ausschließlich einer, wenn auch recht fragwürdigen, Verteidigung dienen. Nach Blanks Aussage soll sie nun auch für die Austragung innenpolitischer Meinungsverschiedenheiten eingesetzt werden, so gegen Störgruppen, die in Versammlungen auftreten. Es wäre gut, wenn Herr Blank seine Bemerkung in Nürnberg deutlicher interpretieren würde.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler